

BELARUS

Gewerkschaftsmonitor

März 2020

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die politische Situation im autoritär regierten Belarus steht Anfang 2020 ganz im Zeichen der im Sommer anstehenden Präsidentschaftswahlen. Die vorangegangenen Parlamentswahlen im November 2019 stellten insofern einen Rückschritt dar, als dass keinem der Oppositionskandidat_innen der Einzug ins Parlament gelang. Auch die zwei unabhängigen Abgeordneten, die in der letzten Legislaturperiode dem Kongress angehörten, wurden nicht mehr gewählt. Wie auch in den letzten Jahren erkannte die OSZE die Wahlen nicht als demokratisch an.

Da Präsidentschaftswahlen oft einen Stresstest für die Machthaber in autoritären Regimen bedeuten, sind auch in Belarus innenpolitische Entspannungstendenzen, die in den letzten Jahren beobachtet werden konnten, Anfang 2020 weitgehend verschwunden. Oppositionelle Aktivist_innen und Journalist_innen sprechen von kleiner werdenden Spielräumen für ihre Aktivitäten. Im Moment sieht es so aus, als würden mindestens zwei unabhängige Bündnisse versuchen, ihre Kandidat_innen ins Rennen um die Präsidentschaft zu schicken; ein national-konservatives Bündnis aus mehreren oppositionellen Parteien sowie die Bewegung »Sag die Wahrheit«, deren Kandidatin, Tatjana Karatkevitsch, bereits bei den letzten Präsidentschaftswahlen aus dem Stand acht Prozent der Stimmen holte. Unklar ist, ob es den Kandidaten gelingen wird, die für eine Registrierung notwendigen 100.000 Unterschriften zu sammeln und anerkennen zu lassen.

Die Zeichen der politischen Entspannung in den Beziehungen zwischen Belarus und der EU halten weiter an. Am 8. Januar 2020 unterzeichnete Präsident Lukaschenko die Abkommen über Visaerleichterungen und Rückübernahmen von Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung mit der Europäischen Union. Im Frühjahr sollen sie vom belarussischen Parlament ratifiziert werden. Die Abkommen sehen eine deutliche Senkung der Visakosten sowie eine beschleunigte Entscheidung

über Visumsanträge vor. Nachdem die Verhandlungen viele Jahre dauerten, stellen die Abkommen einen Meilenstein für Belarus dar und bedeuten einen greifbaren Vorteil für die belarussische Bevölkerung.

Gleichzeitig beteiligt sich Belarus weiterhin aktiv an den multilateralen Formaten der Östlichen Partnerschaft. Die Koordinierungsgruppe EU-Belarus trifft sich zweimal im Jahr, um die Zusammenarbeit und die weitere Entwicklung der Beziehungen zu steuern. Die bilateralen Beziehungen sollen durch die Partnerschaftsprioritäten, die derzeit zwischen der EU und Belarus verhandelt werden, weiter gestärkt werden. Sie sollen den strategischen Rahmen für die Zusammenarbeit in den kommenden Jahren bilden.

Insgesamt versucht Belarus seine außenpolitischen Beziehungen weiter zu diversifizieren. China konnte seine Bedeutung als Investor und wichtiger Wirtschaftspartner weiter ausbauen. Aber auch die Beziehungen mit den USA haben im letzten Jahr wieder an Fahrt aufgenommen. So besuchte der US-Außenminister, Mike Pompeo, Anfang Februar Belarus, außerdem soll in naher Zukunft nach vielen Jahren erstmals wieder ein US-Botschafter nach Minsk entsandt werden. Dennoch bleibt der Rahmen für die bilateralen Beziehungen durch den 2004 vom amerikanischen Kongress verabschiedeten »Belarus Democracy Act«, der US-amerikanische Unterstützung an deutliche Rechtsstaatliche Veränderungen in Belarus knüpft, beschränkt.

Die Beziehungen mit Russland sind nach wie vor eng, gestalten sich jedoch in jüngster Zeit schwierig. So hat Russland Ende 2018 Gespräche über eine stärkere Integration mit Belarus im Rahmen des Unionsvertrages von 1999 initiiert. Das Interesse von Belarus an einer Integration, die möglicherweise sogar die Schaffung eines konföderativen Staates vorsieht, ist naturgemäß gering. Daher setzen viele die Abschaffung der Subventionen bei den Öllieferungen (siehe oben) mit diesen Überlegungen in Verbindung. Eine Einigung im Ölstreit wird jedoch wohl auch die Spekulationen über eine weitgehende Integration mit Russland beenden. Lukaschenko machte wiederholt deutlich, dass ihm eine vollständige Integration mit

Russland und die Aufgabe der eigenen staatlichen Souveränität trotz wirtschaftlichem Druck, fern liegt. Gleichzeitig nimmt die pro-russische Gesinnung aktuellen Umfragen zu Folge innerhalb der belarussischen Gesellschaft weiter ab.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Das belarussische Wirtschaftswachstum kühlte im Jahr 2019 deutlich ab und lag nur bei 1,2 Prozent. Neben einem Öl- und Gasstreit mit Russland, der die belarussische Produktion und den Export von Ölprodukten deutlich dämpft, sind vor allem lange überfällige Strukturreformen Grund für das verhaltene Wachstum. Noch immer befinden sich etwa 75 Prozent der Unternehmen fest in staatlicher Hand. Die meisten von ihnen arbeiten weder effizient noch rentabel. Auch ist die Wirtschaft wenig diversifiziert, so beruht der Export nicht nur auf wenigen Sektoren, sondern sogar auf einzelnen Unternehmen. Dagegen konnte das Inflationsziel mit 4,7 Prozent im letzten Jahr erreicht werden, auch die Realeinkommen sind wie erwartet um ca. 6,3 Prozent gestiegen, so dass der Durchschnittslohn 2019 bei etwa 1113 Belarussischen Rubel (ca. 480 Euro) lag. Verantwortlich hierfür sind vor allem Lohnerhöhungen im Staatssektor im Vorwahljahr.

Die Chemie- und Bergbaubranche nimmt in Belarus weiterhin eine wichtige Stellung ein. Einer der wichtigsten Akteure in dem Sektor ist der staatliche Konzern Belneftekhim, zu dem die Unternehmen Belaruskali, Grodno Azot, die Raffinerien in Mosyr und Nowopolozk sowie die Reifenfabrik Belshina gehören. Der Konzern erwirtschaftet den Großteil der belarussischen Deviseneinnahmen in Höhe von ca. sechs Mrd. US-Dollar jährlich. Die Exporte in EU-Länder (vor allem Erdöl, Erdölprodukte, Kali- und Stickstoffdünger) bilden einen wichtigen Anteil am Gesamtexport und steigen weiter. Erschwert wird der Handel mit der EU allerdings durch ein fehlendes Freihandelsabkommen, so dass Belarus im Vergleich zu Ländern wie der Türkei und der Ukraine oft nicht wettbewerbsfähig ist. Trotzdem steht ein solches Abkommen derzeit nicht auf der außenpolitischen Agenda von Belarus.

Während Belarus bisher von guten Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion und insbesondere von Subventionen bei Öl- und Gaslieferungen aus Russland profitieren konnte, hat sich die Situation in der Branche Ende 2019 / Anfang 2020 aufgrund von Änderungen in den Ölpreisvereinbarungen zwischen Minsk und Moskau deutlich verschlechtert. 2019 sind die bisher gültigen Vereinbarungen, die eine starke Subventionierung von Öl- und Gaslieferungen nach Belarus beinhalteten, ausgelaufen. Eine Annäherung an Marktpreise würde die für den Belarussischen Export zentralen Ölprodukte deutlich weniger wettbewerbsfähig machen. Da sich Russland und Belarus bis jetzt nicht endgültig auf eine neue Vereinbarung geeinigt haben, wurden die Öllieferungen stark reduziert, so dass zwei Raffinerien in Belarus praktisch lahmliegen.

Auch wenn bereits mehrere andere Länder Öllieferungen nach Belarus angeboten haben (wie z.B. die USA und Kasach-

stan), stellen sie aufgrund nicht wettbewerbsfähiger Preise sowie logistischer Probleme und längerer Transportwege keine wirkliche Alternative dar. Egal ob Belarus eine Einigung mit Russland findet oder zumindest kurzfristig das Öl aus einem anderen Land beziehen wird, eine deutliche Annäherung der Preise an Marktpreise ist sehr wahrscheinlich. Dies wird die Wettbewerbsfähigkeit belarussischer Ölprodukte und damit die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Stabilität in Belarus negativ beeinflussen. Jahrelang hat man in Belarus fast ausschließlich auf die ölverarbeitende Branche gesetzt, so dass heute nicht nur andere Industrien, sondern auch der Staatshaushalt und der Devisenmarkt vom Erfolg der Ölraffinerien abhängen. Nun muss Belarus alles daransetzen, diese Abhängigkeit mittelfristig zu reduzieren.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

2019 war eines der dramatischsten Jahre mit Blick auf die Mitgliederentwicklung bei der ohnehin schwachen Belarussischen Unabhängigen Gewerkschaft BNP. Gleich nach erstmaliger Registrierung einer Primärorganisation beim Betrieb »Remmontazhstroik«, begann eine Kampagne der staatsnahen Belkhimprof-Gewerkschaft sowie der Arbeitgeberseite zur Schwächung der unabhängigen Gewerkschaft. Durch eine Neuregistrierung zwangen sie die Beschäftigten, ihre BNP-Mitgliedschaft aufzugeben. So ging die Zahl der BNP-Mitglieder im Laufe des Jahres um 28 Prozent zurück (von 6500 auf 4680).

Dagegen konnte die freie Metallgewerkschaft SPM Dank einer erfolgreichen Mobilisierungskampagne 2019 über 90 neue Mitglieder gewinnen, so dass die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder im Laufe des Jahres um 55 Prozent (vom 630 auf 980) stieg, wobei 29 Prozent der Neumitglieder unter 35 Jahre sind.

GEWERKSCHAFTEN IN BELARUS – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Belarus entstand im Zuge der Arbeiterbewegung der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Die staatlich kontrollierten Gewerkschaften als Nachfolgeorganisationen der sowjetischen Gewerkschaften hatten sich von ihrer primären Aufgabe als Vertreterin von Arbeitnehmer_inneninteressen zurückgezogen. Vor diesem Hintergrund begannen Arbeiter_innen in Industriebetrieben, sich zu Streikkomitees zusammenzuschließen, aus denen 1993 der Belarussische Kongress Demokratischer Gewerkschaften (BKDP) hervorging. Mit der Niederschlagung eines Streikes der Maschinist_innen der Metro von Minsk im Jahr 1995 begann ein Feldzug des Staates gegen die unabhängige Gewerkschaftsbewegung, der sowohl mit wirtschaftlichen Methoden, als auch mit Verwaltungsmechanismen durchgeführt wurde. Im Jahr 2003 trat die BKDP dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) bei und wurde ein aktives Mitglied.

Das Gegenstück zur BKDP ist die Nachfolgeorganisation der sowjetischen Gewerkschaften: der Gewerkschaftsbund von Belarus (FPB). Gegründet wurde der FPB als nationales Gewerkschaftszentrum auf dem belarussischen XVII. Gewerkschaftskongress am 5. und 6. Oktober 1990. Dieser Gewerkschaftskongress wurde gleichzeitig zum ersten Kongress der neugegründeten FPB deklariert, wo dessen Charta verabschiedet wurde. Er ist damit Nachfolger des belarussischen republikanischen Gewerkschaftsrats.

Die ersten Vorsitzenden des nationalen Gewerkschaftszentrums V.I. Goncharik (1986–2001) und F. P. Vitko (2001–2002) wurden noch von den Gewerkschaftsorganisationen des Gewerkschaftszentrums gewählt, seit 2002 wurden die Wahlen jedoch praktisch durch die Ernennung des FPB-Leiters durch die Präsidialverwaltung ersetzt (L. P. Kozik (2002–2014). Seit dem Jahr 2014 steht M. Orda dem FPB vor.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Derzeit sind unabhängige Gewerkschaften im Land durch den belarussischen Kongress der Demokratischen Gewerkschaften (BKDP) vertreten, der sich aus folgenden Einzelorganisationen zusammensetzt: Belarussische Unabhängige Gewerkschaft (BNP) mit 4680 Mitgliedern, Belarussische Freie Gewerkschaft (SPB) mit 750 Mitgliedern, Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter (SPM) mit 980 Mitgliedern sowie die Belarussische Gewerkschaft der Radioelektronischen Industrie (REP) mit ca. 2000 Mitgliedern. Die einzelnen Gewerkschaften repräsentieren dabei verschiedene Industriezweige. BNP steht für die Chemie- und Bergbaubeschäftigten (»Kalisalz«), die SPB allein für die Chemieindustrie, SPM vertritt den Maschinenbausektor. REP hingegen ist ein eher territorial organisierter Zusammenschluss, der sich aus Vertretern mehrerer Berufsfelder innerhalb der jeweiligen Regionen zusammensetzt.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Belarus

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Федерация профсоюзов Беларуси, ФПБ (Gewerkschaftsbund von Belarus, FPB)	Michail Orda	ca. 4.000.000	Всеобщая Конфедерация Профсоюзов (VKP) (Allgemeiner Gewerkschaftsbund [der GUS-Staaten])
Белорусский конгресс демократических профсоюзов, БКДП (Belarussischer Kongress demokratischer Gewerkschaften, BKDP)	Aleksandr Yaroschuk	ca. 8.400	GCTU (General Confederation of Trade Union)

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Belarus

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Белорусский профессиональный союз работников химической, горной и нефтяной отраслей промышленности (Gewerkschaft für Arbeiter der Chemieindustrie, im Bergbau und in der Erdölindustrie, Belkhimprof)	FPB	Svetlana Klotschok	142.961	IndustriAll
Белорусский независимый профсоюз (Belarussische Unabhängige Gewerkschaft [Petrochemie, Bergbau, Transport u. a.])	BKDP	Maxim Poznyakov	4.680	IndustriAll, ITF, IUF
Свободный профсоюз Белорусский (Belarussische Freie Gewerkschaft [Energie, Chemie, Maschinenbau usw.])	BKDP	Nikolaj Scharach	750	k. A.
Свободный профсоюз металлистов (Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter)	BKDP	Alexander Buchwostow	980	IndustriAll
Белорусский профсоюз работников радиоэлектронной промышленности (Belarussische Gewerkschaft der Radioelektronischen Industrie)	BKDP	Zinaida Mikhnyuk	1.200	IndustriAll

Der staatsnahe Gewerkschaftsbund von Belarus (FPB) vereint 18 branchenspezifische Gewerkschaften, sechs Gewerkschaften für die Oblaste inklusive einer für die Stadt Minsk sowie 137 Bezirks- und Stadtverbände der Gewerkschaften. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder beträgt insgesamt mehr als vier Millionen Menschen. Die Branchen-Gewerkschaft für Bergbau und Chemie, Belkhimprof, vereinigt 142.961 Mitglieder (Stand 1.1.2020).

Die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet nur mit einer Gewerkschaft der FPB zusammen, und zwar mit der belarussischen Gewerkschaft für Arbeiter der Chemieindustrie, im Bergbau und in der Erdölindustrie (Belkhimprof). Sie ist Mitglied im Zusammenschluss IndustriALL.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Situation in Belarus ist im Hinblick auf die Rechte unabhängiger Gewerkschaften nach wie vor sehr schwierig. Neun von zwölf grundlegenden Empfehlungen der ILO, die 2004 für Belarus entwickelt wurden, bleiben unerfüllt.

Insbesondere weigern sich die Behörden, bestehende Anordnungen oder Präsidialdekrete aufzuheben oder zu ändern, welche die Gründung und Registrierung von neu geschaffenen unabhängigen Gewerkschaften verhindern, die Beteiligung unabhängiger Gewerkschaften an Tarifverhandlungen in Unternehmen einschränken, die Organisation und Durchführung von Streiks, friedlichen Demonstrationen und Versammlungen verbieten sowie den Empfang und die Nutzung von Unterstützung ausländischer Gewerkschaften und internationaler Organisationen für gesetzliche Gewerkschaftsaktivitäten nicht zulassen.

In Anbetracht dessen, dass etwa 90 Prozent der Arbeitsverträge befristet sind, kann ein Arbeitgeber Gewerkschaftsmitglieder bei der Verlängerung ihrer Arbeitsverträge unter Druck setzen und den Austritt aus der unabhängigen Gewerkschaft verlangen und zusätzlich eine Reihe anderer Beschränkungen hinzufügen. Dies verhindert u. a. die Ausbreitung unabhängiger Gewerkschaften. Bei der Umsetzung der grundlegenden ILO-Übereinkommen 87 und 98 bleiben seit über 14 Jahren sichtbare Fortschritte aus. Gleichzeitig ist Straffreiheit bei der Verletzung von Arbeitnehmerrechten in Belarus Ursache für die Nichtbeachtung weiterer grundlegender ILO-Konventionen, wie beispielsweise der Konventionen 29 und 105 zur Zwangsarbeit.

Der Gewerkschaftsbund von Belarus (FPB) ist klar regierungsnah. Seine ersten Vorsitzenden, V.I. Goncharik (1986–2001) und F.P. Vitko (2001–2002), wurden noch durch Wahl bestimmt, seit 2002 wurde diese allerdings praktisch ersetzt durch die Ernennung von Seiten der Präsidialverwaltung (L.P. Kozik (2002–2014), M. Orda (ab 2014)).

Einzelne Gewerkschaften innerhalb des Zusammenschlusses der FPB haben zaghaft begonnen, ihre Strukturen zu modernisieren und versuchen vorsichtig, eine im Vergleich zur Mutterorganisation alternative Haltung zu einigen Fragen einzunehmen.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Belarussische Gewerkschaft der Chemie-, Bergbau- und Erdölindustrie (Belkhimprof) zu nennen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann jedoch keine der Gewerkschaften der FPB für sich beanspruchen, eine vollständig unabhängige Gewerkschaftspolitik zu verfolgen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

De jure können Gewerkschaften an Tarifverhandlungen teilnehmen, ihre Positionen in das dreiseitige Allgemeine Abkommen einbringen, Rechtsbeistand für ihre Mitglieder leisten, die Einhaltung der Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften überwachen und frei für eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft werben. De facto nehmen die Gewerkschaften diese Aufgaben – wenn überhaupt – nur ansatzweise wahr. Die staatsnahen Gewerkschaften entwickeln praktisch keine selbständige Initiative und gelten als verlängerter Arm der Regierung. Sie sind mit wenigen Ausnahmen international isoliert und verfügen kaum über qualifiziertes Wissen, um im Prozess der wirtschaftlichen Restrukturierung und Privatisierung die Interessen der Arbeiterschaft vertreten zu können.

Eine Ausnahme bildet die FPB-Gewerkschaft Belkhimprof, die als transformations- und modernisierungswillige Organisation und Mitglied von IndustriALL versucht, ihre Strukturen so zu reformieren, dass sie den sich verändernden wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen gerecht werden kann. Gleichzeitig müssen diese Reformen behutsam angegangen werden, um keinen Konflikt mit der Regierung zu riskieren.

Auch die stärksten Gewerkschaften innerhalb der BKDP versuchen ihre Aufgaben wenigstens ansatzweise wahrzunehmen. Die Gewerkschaft REP verfügt über ein gut ausgebauten Netz an Juristen und kann dadurch Rechtsberatung für Mitglieder aus dem Arbeits- und Sozialbereich anbieten.

In einer vergleichsweise guten Ausgangsposition befindet sich auch die Gewerkschaft BNP dank der relativ hohen Mitgliederzahl im Kalibergbauunternehmen »Belaruskali«. Aus diesem Grund nehmen Vertreter_innen aktiv an Tarifverhandlungen teil und wirken an der Gestaltung von Tarifverträgen mit. Die übrigen Gewerkschaften des BKDP sind in den meisten Fällen von den konkreten Verhandlungen ausgeschlossen und lediglich bei der Unterzeichnung der Tarifverträge involviert.

Die Gewerkschaften des unabhängigen Spektrums sind in ihrem Handlungsspielraum durch Druck von staatlicher Seite erheblich eingeschränkt. Ihre Aktivitäten sind daher vor allem auf die Gewinnung neuer Mitglieder gerichtet. Daher werden interne Prozesse zur Modernisierung, verbesserter Informationspolitik sowie der Entwicklung einer progressiven Jugend- und Genderpolitik nur langsam angestoßen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Belarus bleibt seit dem 21. Juni 2007 wegen der permanenten Verletzung grundlegender Gewerkschaftsrechte von be-

stimmten EU-Handelspräferenzen ausgeschlossen. Die staatsnahen Gewerkschaften (FPB) kritisieren diese Beschränkungen aufgrund der negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation im Land. Fakt ist, dass der Preis für belarussische Exporterzeugnisse steigt und daher der Umfang von Exporten in die EU sinkt, die Rentabilität der Produktion abnimmt und neben dem konsequenten Abbau von Arbeitsplätzen in den jeweiligen Branchen ein Image-Verlust auftritt. Betroffen davon sind allerdings nur ca. zehn Prozent aller Exporte, überwiegend aus der Chemie- und Kalibranche, der Holz-, Textil- und Metallindustrie. Nach Expertenangaben belaufen sich die Einnahmeverluste auf 12 bis 50 Mio. US-Dollar pro Jahr. Daneben gibt es einen ebenfalls negativen Trend bei den ausländischen Direktinvestitionen.

Im Gegensatz zu ihrem staatsnahen Pendant positionieren sich die unabhängigen Gewerkschaften gegen eine Vergabe von EU-Handelspräferenzen an Belarus. Aus ihrer Sicht ist die Tatsache, dass Belarus nicht über eben diese Präferenzen verfügt und dadurch wirtschaftlich schlechter gestellt ist, ein starker Druckmechanismus auf die Regierung in Minsk, um den Status der Gewerkschaften im Land zu verbessern.

Da die beschriebenen Einbußen sich auf die belarussische Wirtschaft als Ganzes aber nicht merkbar kritisch auswirken, sind keine wesentlichen Maßnahmen von Regierungsseite zu erwarten. Vielmehr hält die Propaganda in den Staatsmedien an, die die Verantwortung für den Entzug der EU-Handelspräferenzen den demokratischen Gewerkschaften anzukreiden versucht. Die durchgeführten punktuellen Verbesserungen in Bezug auf die Situation der Beschäftigten sind daher als ein kleines Zeichen zu sehen, dass Minsk Kritik und Empfehlungen nicht völlig ignoriert, sondern zum Dialog bereit ist.

Mehr als 90 Prozent aller Arbeitsverträge sind in Belarus befristet (davon ca. 40 Prozent auf nur ein Jahr). Auf diese Weise wird die Rechtslage von Arbeitnehmer_innen wesentlich verschlechtert und ihre Ausbeutung verstärkt.

Das staatlich-administrative Verwaltungssystem dominiert weiterhin die Betriebe. ILO-Vertreter werfen der Regierung in Minsk seit langem »Kommandowirtschaft« vor, da noch immer ca. 65 Prozent der belarussischen Wirtschaft in staatlicher Hand sind. Damit besitzt der Staat direkte Durchgriffs- und Einwirkungsmöglichkeiten auf die dort tätige Arbeitnehmerschaft.

Am tripartistisch aufgebauten Nationalen Sozial- und Arbeitsrat nehmen die Gewerkschaften FPB (10 Plätze), BKDP (1 Platz) sowie Regierungs- und Arbeitgebervertreter_innen (je 11 Plätze) teil, der das allgemeine Abkommen zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern entwickelt und verabschiedet. Dieses Abkommen ist Basis der weiteren Ausgestaltung von Tarif- und Kollektivverträgen, für die es Mindeststandards festlegt. Es gilt jeweils für drei Jahre (im aktuellen Fall 1.1.2019–31.12.2021) und umfasst die folgenden sechs Bereiche: Wirtschaftspolitik, Einkommen, Löhne und Lebensstandard, Sozialschutz und soziale Garantien, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Arbeitsschutz sowie soziale Partnerschaft. Eine wichtige Funktion des Abkommens ist auch, dass es Vertreter_innen der Regierung, der Arbeitgeber sowie der Arbeit-

nehmerseite die Möglichkeit eröffnet, im Rahmen des Nationalen Sozial- und Arbeitsrates regelmäßig den Fortschritt bei der Umsetzung der Maßnahmen zu besprechen. Somit fördert es den Dialog zwischen den drei Parteien.

Sowohl der BKDP als auch die FPB sind weiterhin im Rat zur Verbesserung der Gesetzgebung im Arbeits- und Sozialbereich des Ministeriums für Arbeit und Sozialschutz vertreten, um die Empfehlungen der ILO umzusetzen und Verletzungen der Arbeitnehmer_innen- und Gewerkschaftsrechte in der Republik Belarus zu verhindern.

Im letzten Jahrzehnt hat das politische Gewicht der BKDP in der ILO erheblich zugenommen, da die BKDP jährlich im August Kommentare zur Umsetzung der von der Republik Belarus ratifizierten grundlegenden ILO-Übereinkommen an die ILO übermittelt. Diese Kommentare werden vom ILO-Sachverständigenkomitee bei der Vorbereitung des Gesamtberichts über die Anwendung des Übereinkommens durch die Mitgliedsstaaten verwendet. Außerdem werden die Kommentare bei der Formulierung der Schlussfolgerungen gegenüber den Mitgliedsstaaten, die bestimmte Verstöße aufweisen, verwendet. Dieser Bericht wird auf der jährlichen Arbeitskonferenz in Genf diskutiert. Darüber hinaus informiert die BKDP die ILO regelmäßig über Verstöße gegen die Arbeitnehmer_innen- und Gewerkschaftsrechte in Belarus sowie über Berichte von Diskriminierung. In Belarus wird keine einzige Veranstaltung mit Beteiligung der ILO ohne die Teilnahme der BKDP organisiert.

Der belarussische Kongress demokratischer Gewerkschaften nimmt aktiv an der nationalen belarussischen Plattform des Forums der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft teil. Die BKDP ist in Arbeitsgruppe fünf »Sozialer Dialog« vertreten.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.